

Was bedeutet „Politik gegen Herrschaft“?

Crill Redaktion, Oktober 2011

Es gibt politische Gruppen und Ereignisse, mit denen vorher niemand *gerechnet* hat: Keine Statistiken, Expert_innen, Politikberater_innen oder Parteien (kurz: die bürgerliche Öffentlichkeit) haben sie vorhersagen können. Politik in diesem Sinne legt es nicht darauf an Teil von diesen Diskussionen und Organisationen zu sein. Sie sucht keine Verhandlungspartner und macht keine kompromissorientierten Vorschläge. Nichts ist für sie notwendig, nichts unvermeidlich. Genau damit eröffnet sie eine grundlegende Auseinandersetzung darüber, wie die Gesellschaft beschaffen sein soll. Eine Auseinandersetzung, welche die bürgerliche Öffentlichkeit in ihren Statistiken, Talkshows, Expert_innengesprächen, Parteien und Parlamenten berechenbar machen will – was sie aber keineswegs immer kann. Daran können bereits einige Elemente eines antiherrschaftlichen Politikbegriffes verdeutlicht werden. Antiherrschaftliche Politik hat wenig mit Parlamentswahlen, wissenschaftlichen Statistiken, Umfragen, Prognosen oder Expert_innenrunden zu tun. Sie ist nicht wissenschaftlich ableitbar oder vorhersagbar, und sie strebt nicht nach Konsens und „sozialem Frieden“. Aber auch nicht in erster Linie nach der Eskalation sozialer Kämpfe. Sie ist nicht einfach das schroffe Gegenbild zum konsensorientierten Geschäftsgang der bürgerlichen Demokratie: nicht der Exzess, das Chaos oder gar der Terror, welche die bewaffneten Organe der bürgerlichen Demokratie und ihre Exzesse durch gleichfalls bewaffnete Gegenwehr beseitigen wollen.

Antiherrschaftliche Politik ist nicht dasselbe wie Regierung, Staat, Parlamentarismus. Sie folgt keinen vorgegebenen Regeln, welche die Organe kapitalistisch geprägter Gesellschaften setzen. Politik muss nicht das Beste für die nationale Konjunktur und die Macht des eigenen Staates im internationalen Kontext wollen. Sie muss sich nicht in den politischen Formen (z.B. Parteien) ausdrücken, die von Staats wegen dafür vorgesehen sind. Und sie tut gut daran nicht allen Ernstes etwas vom Staat zu verlangen, das er immer nur im Rahmen der ökonomischen und rechtlichen „Sachzwänge“ gewähren wird. Antiherrschaftliche Politik muss sich nicht nach den angeblichen „Sachzwängen“ richten. Viele Sachzwänge sind das Produkt spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse und können mit diesen abgeschafft werden. Der Staat richtet sich im Allgemeinen nach diesen Zwängen. Antiherrschaftliche politische Projekte sind deshalb beim Staat in den falschen Händen und an der falschen Adresse. Das betrifft auch den Anspruch des Staates und der parlamentarischen Demokratie zu bestimmen, was Gegenstand politischer Auseinandersetzungen ist und was nicht. Politik gegen Herrschaft trennt im Gegensatz dazu das unpolitische „Private“ (z.B. Familie/persönliche Beziehungen, Privateigentum) nicht grundsätzlich vom Politischen, Öffentlichen. Das heißt nicht dass alles politisch ist – und schon gar nicht dass das Private „das Politische“ ist. Aber herrschaftsförmige Bereiche, die bisher als unpolitisch, als privat galten, können und sollen Teil politischer Auseinandersetzungen werden. Das impliziert, dass eine antiherrschaftliche Orientierung, die nicht den Regeln des Staates und der parlamentarischen Demokratie folgt, niemals „antipolitisch“ sein kann. Im Gegenteil: Sie strebt die Politisierung von bisher Unpolitischem und von bisher Unpolitischen an, von gesellschaftlichen Feldern und von vergesellschafteten Menschen. Wohin das die Leute, die sich in einen Prozess der Politisierung begeben, genau führen wird, kann – zum Glück – nicht im vorhinein angegeben werden. Denn wenn es auch gewiss den Kapitalismus, den Staat und die Parlamente nicht in Ewigkeit geben muss, so ist das von der Politik nicht so gewiss: Aus keiner Wahrheit und keinem Wissen folgt, was die richtige Gesellschaft ist, wie sie aussieht und inwieweit sie bisher erreicht wurde – weder heute noch morgen. Aufgabe von Politik ist es darum auch nicht Theorien umzusetzen. Intellektuelle Arbeit – egal wie kritisch sie sein mag – darf Politik nicht autoritär anleiten. Die Theorie kann nicht

angeben, wie eine bessere Gesellschaft aussehen sollte; dies ist eine Frage genuin politischer Ziele und Auseinandersetzungen. Politik *benötigt* dazu Theorien. Sie „verwirklicht“ sie aber nicht. Die Theorie ist eher ein Korrektiv, das die Bedingungen der Realisierung unserer Wünsche und Ziele kritisch reflektieren kann. Will sie kritisch bleiben, darf sie sich nicht dogmatisch danach richten, was wir uns politisch wünschen. Unsere Wünsche und Ziele sind nicht unfehlbar, und sie sind nicht immer (sofort) realisierbar. Auf der anderen Seite sind politische Ziele nicht aus Theorien ableitbar. Politik ist nicht das Gleiche wie Wissenschaft. Letztere kann erstere nur mit orientierendem Wissen versorgen und sie keinesfalls ersetzen. Eines ist Politik in einem positiven Sinne also sicher nicht: Die staatlich eingegrenzte Verwaltung von Sachzwängen. Was aber ist nun – positiv ausgedrückt – antiherrschaftliche Politik? Dazu einige Thesen.

1. Politik benötigt Ziele. Das wichtigste davon ist der Kampf gegen Ungleichheit.

Unter Ungleichheit können alle dauerhaften Unterschiede des Zugangs von Menschen zu Gütern (im weitesten Sinne, d.h. allen nutzbaren Dingen) und Gestaltungsprozessen verstanden werden. Der genuin politische Faktor sind dabei die letzteren, und dies in einem doppelten Sinne. *Erstens* ist antiherrschaftliche Politik immer der Streit dafür, dass alle Stimmen gleiches Gewicht haben – und nicht nur die der Männer, Staatsbürger_innen etc. *Zweitens* geht es auch bei der (über-)lebensnotwendigen Frage des Zugangs zu Gütern nicht so sehr darum, einen möglichst gerechten Anteil an diesen zu bestimmen und zu verteilen, sondern um die umfassende Gestaltungsmacht Aller in den Prozessen, welche über diese Anteile erst entscheiden. Politik soll nicht allen ein Gleiches zuteilen (Modell Staatsozialismus), sondern die gleiche Zuteilung ist selbst eine genuin politische Frage, an der Alle teilhaben müssen. Dabei ist es *drittens* wichtig, Bedürfnisse, Erfahrungen und Wissensressourcen in ihrer Verschiedenheit anzuerkennen und in die politischen Prozesse einzubeziehen. Es geht nicht um die Verstaatlichung gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse und auch nicht um deren Vergesellschaftung, sondern um ihre Politisierung und Demokratisierung!

2. Politik benötigt Organisation(en). Sie ist kollektiv, aber nicht kollektivistisch.

Sie ordnet sich nicht dem bestehenden Rahmen gesellschaftlicher Organisation unter, sondern stellt diese wie jede Unterordnung in Frage. Sie unterwirft sich auch nicht blindlings der eigenen Organisation, sondern weiß, dass diese selbst Herrschaft reproduzieren kann. Trotzdem braucht sie Organisation. Ohne verstetigte und rationale kollektive Praxis kann sie aus früheren Erfahrungen nichts lernen, sie kann keine langfristigen Strategien verfolgen, und schon gar nicht kann sie grundlegende Fähigkeiten entwickeln, Gesellschaft herrschaftsfrei und selbstbestimmt zu gestalten. Dafür sind offene, pluralistische und demokratische Entscheidungsprozesse innerhalb der eignen Organisation unabdingbar. Da niemand mit Sicherheit den besten Weg kennt, muss über diesen auch intern gestritten werden. Organisierte kollektive Praxis ist nicht gleichzusetzen mit der Nähe und Enge unmittelbarer Gemeinschaften. Sie ist nicht die Liebe zum Nächsten, sondern oft die Solidarität mit dem Fernsten. Kollektivität ist für sie kein Wert an sich, sondern eine dynamische und demokratische Praxis: die der Abschaffung von Ungleichheit.

3. Politik gegen Ungleichheit versucht unter ungleichen Bedingungen die Hegemonie zu erringen.

Als Praxis gegen Ungleichheit impliziert Politik einen kollektiv geführten Streit über die Einrichtung von Gesellschaft. Das bedeutet, dass sich politische Organisationen bilden, in die bestehenden Formen von Öffentlichkeit intervenieren und versuchen ihr jeweiliges Projekt hegemonial, d.h. verallgemeinerungsfähig zu machen. Dabei müssen sie wissen, dass dies in herrschaftsförmigen Gesellschaften unter ungleichen Bedingungen erfolgt: Beherrschten Akteuren mangeln zumeist gerade Geld, Öffentlichkeit, Macht. Darum ist ihre politische Praxis oft mühsam. Andererseits sind diese Ungleichheiten selbst ein historisches Produkt und damit prinzipiell veränderbar. Und sie bedürfen der Zustimmung vieler Menschen – nicht nur im Denken, sondern in der täglichen Praxis: Genau an diesem Punkt beginnt der Kampf um Hegemonie.

4. Politik bringt Subjektivierungen hervor, aber andere als die bisher bestehenden.

Sie setzt Handelnde und die Formen ihres Handelns nicht voraus, sondern bringt sie neu hervor. Es gibt keine Gruppe von Menschen, die an sich revolutionäres Subjekt wäre, sondern Politik impliziert die Transformation von Subjektivität. Sie ist entsubjektivierend und subjektivierend zugleich. Entsubjektivierend ist sie gegenüber den gesellschaftlichen Positionierungen, in welche wir gezwungen wurden und die es aufzulösen gilt. Ziel ist nicht eine möglichst gute Positionierung, sondern die gesellschaftliche Verflüssigung der herrschaftsförmigen Positionen. Subjektivierend ist Politik gegen Herrschaft dagegen als aktive Positionierung und Selbstorganisation kollektiver Akteure. Identität kann dabei ein Ausgangspunkt sein, niemals ein Ziel. Vielmehr geht es gerade darum neue Möglichkeiten des politischen Handelns, der Teilhabe an Gütern und der Anerkennung von Unterschiedlichkeit zu erfinden und zu erkämpfen – und zwar bereits hier und jetzt! Antiherrschaftliche Subjektivierungen sind Prozesse, die abschaffen was uns unterwirft um zu realisieren was wir werden können.